

 CAREN MIOSGA

„Natürlich lügen Politiker dauernd. Das müssen sie auch tun“: Von Schirach sorgt bei Miosga für Aufsehen

Bei Caren Miosga diskutierten die Gäste über den Vertrauensverlust in die Politik. Schriftsteller Ferdinand von Schirach kritisierte diese dabei scharf.



Eva Maria Braungart

17.11.2025

🔄 17.11.2025, 20:54 Uhr



Ferdinand von Schirach, Schriftsteller, war am Sonntag bei Caren Miosga zu Gast.

Rolf Vennenbernd/dpa

Die Gäste der ARD-Polit-Talkshow Caren Miosga haben am Sonntag über die Themen Vertrauenskrise und Empörungskultur diskutiert. Zu Gast waren dabei der Schriftsteller und Jurist [Ferdinand von Schirach](#), die ehemalige Bundesvorsitzende der Grünen, [Ricarda Lang](#) und Martin Machowecz, der stellvertretender Chefredakteur der Zeit.

Lang sagte zu den Spannungen in der aktuellen Regierung, sie beobachte eine „Kaninchen-vor-der-Schlange-Politik“. Parteien seien getrieben von [ständigen Umfragen](#). „Ich halte das mittlerweile für eine Krankheit unserer Demokratie, dass wir jede Woche 15 Umfragen haben“, so Lang.

Von Schirach bei Miosga: „Kanzler muss sieben Jahre gewählt werden, danach nicht mehr“

Die Folge sei, dass einige Politiker gewissermaßen von Angst getrieben seien. Einerseits gebe es den Drang, Dinge als Koalition zu erreichen, weil der Vertrauensverlust sonst noch zunehme. Andererseits gebe es das Gefühl, man müsse als Partei dabei eine eigene Handschrift hinterlassen.

Auch Schirach sprach davon, dass das Vertrauen in die Politik dann erschüttert werde, wenn Versprechen gebrochen würden, wenn es ungerecht zugehe und wenn Dinge nicht beim Namen genannt würden. „Alle drei Dinge sind passiert“, so der Schriftsteller. Dazu stellte er seine Idee einer Demokratiereform vor.

„Der Kanzler muss sieben Jahre gewählt werden, danach nicht mehr. Machen Sie alle Landtagswahlen am selben Tag nach dreieinhalb Jahren“. Was jedoch wirklich etwas nützen würde, wären nach von Schirachs Ansicht die „Kanzler-Gesetze“. Der Kanzler solle die Möglichkeit haben, drei Gesetze in diesen sieben Jahren ohne das Parlament zu verabschieden, davor würden diese durch das Bundesverfassungsgericht geprüft. Das Parlament habe nach drei Jahren die Möglichkeit, diese Gesetze wieder abzuschaffen. Nur so würden viel diskutierte Dinge wie die Rentenreform entschieden werden.

Von Schirach äußerte sich bei Miosga zudem zu einem möglichen Verbotsverfahren gegen die [AfD](#). Das Verfassungsschutz-Gutachten sieht er kritisch. „So viel kommt da nicht bei raus. Man ist irgendwie schockiert über dieses völkische Gefasel, über dieses ganze blöde Zeug, was die dauernd sagen, und über diese Entgleisungen. Aber dass man tatsächlich eine echte Verfassungsfeindschaft dort findet, das ging mir zumindest nicht so. Das, was wir haben, scheint mir zumindest nicht auszureichen für ein Parteienverbot.“

Von Schirach: „AfD-Verbot ist eine Pleiteerklärung“

Weiter sprach er sich gegen ein Parteiverbot aus: „Ein AfD-Verbot ist eine Pleiteerklärung für die Partei, die es einreicht“. Es sei ein „Offenbarungseid“, dass die Parteien es nicht geschafft hätten, den Wählern ein richtiges Angebot zu machen. „Jetzt wird so getan, als wäre es etwas ganz Tolles, ein AfD-Verbot zu haben. Das ist es nicht. Es ist etwas zutiefst Undemokratisches, weil man den demokratischen Konkurrenten verbietet“. Das wirkliche Problem sei der Vertrauensverlust der Wähler, die sich der AfD zuwenden.

Über die aktuelle Kritik an der Bundesregierung sagte von Schirach: „Natürlich lügen Politiker dauernd. Das müssen sie auch tun. Das geht gar nicht anders, und das ist auch nichts Neues“. Allerdings sei das Problem, dass das Vertrauen in die Politik extrem gefährdet sei. „Nur noch 49 Prozent glauben, dass die Demokratie gut funktioniert. Und wenn Vertrauen so erschüttert ist, ist die Lüge etwas viel Gefährlicheres“.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.

